

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 688

Mittwoch, 18. September 2019 26. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	1
Der Umgang mit Plastik ist keine technische, sondern eine politische Frage.....	1
Guatemala verbietet die Verteilung von Plastiktüten	3
... und Giammattei will das gleich wieder abschaffen.....	3
Der Kongress richtet einen Untersuchungsausschuss zur Arbeit von CICIG ein.....	3
Spaltung der Fraktion der UNE nach der Festnahme von Sandra Torres.....	4
Sinibaldi versucht bisher erfolglos 'seine' 60 Millionen Q auf Schweizer Konten zu retten.....	4
UDEFEQUA: Massive Rückschritte in Sachen Menschenrechte.....	5
Ergebnisse des Zensus weichen stark von den Zahlen des Meldeamtes ab.....	5
Ende Oktober: Jugendbegegnungswerkstatt Berlin/Brandenburg - Zentralamerika.....	6

Editorial

Alle reden vom Klima. Wir auch. Denn erstens hat die guatemalteckische Regierung angekündigt, dass sie Plastiktüten verbieten will und zweitens haben sich auch in Guatemala-Stadt und Quetzaltenango SchülerInnen und Studierende an den Friday-For-Future-Demos beteiligt. Nicht so wahnsinnig viele, aber immerhin. Die Umweltpolitik, die ansonsten allenfalls im Zusammenhang mit Grossprojekten oder der Verschmutzung und Vergiftung der Flüsse thematisiert wird, ist nun in der Politik insgesamt angekommen. So wie das in solch selbstbezogenen Regierungen halt möglich ist.

Apropos selbstbezogene PolitikerInnen: Der Kongress hat nach dem Ende der CICIG nun zum Gegenschlag ausgeholt: Eine Untersuchungskommission des Kongresses ist nun beauftragt, die Arbeit der CICIG im Hinblick auf ungesetzliche Ermittlungen zu untersuchen und jene, die für diese illegalen Aktivitäten verantwortlich seien, zur Rechenschaft zu ziehen. Alle MitarbeiterInnen der CICIG sollen überprüft werden und auch die Finanziere der CICIG, also internationale Organisationen, sollen überprüft werden. In der Aufgabenbeschreibung der Kommission geht es somit nicht um eine neutrale Evaluation, sondern um eine parteiische. Parteiisch, weil diejenigen, die daran mitwirken z.T. selbst im Fokus von Ermittlungen stehen. Sie wollen also den Spiess umdrehen und damit von ihren eigenen Verfehlungen ablenken. Ein durchsichtiges Spiel, dem aber 82 Abgeordnete zugestimmt und das nur sechs Abgeordnete ausdrücklich abgelehnt haben, 70 haben sich enthalten.

Die Menschenrechtsaktivistin Claudia Samayoa hat Recht, wenn sie sagt, dass in Guatemala eine Demokratie mit Gewaltenteilung nicht mehr existiert: Die Regierung hält sich nicht an Gesetze oder Verfassungsgerichtsbeschlüsse, die Legislative spielt Judikative – all dies, um die Straffreiheit der Korrupten in Regierung und Parlament zu schützen. Und der neue Präsident, der ab Januar 2020 im Amt sein wird, wird das ganze eher nicht verändern. Alles andere wäre jedenfalls eine grosse Überraschung. Wollen wir uns trotzdem ein wenig Hoffnung erhalten?

Der Umgang mit Plastik ist keine technische, sondern eine politische Frage

Guatemala, 27. Sept. - Vergangenen Montag hat Präsident Jimmy Morales auf dem Klimagipfel der Vereinten Nationen als eines seiner umweltpolitischen Erfolge auf das Regierungsdekret 189-2019 hingewiesen, das den Gebrauch von Einwegplastik ab 2021 verbieten soll. Allerdings wird diese Massnahme als politisch, überflüssig, improvisiert und wenig zielführend angesichts der Dimensionen des Klimaproblems kritisiert.

Der Gründer des Instituts zur Erforschung und dem Schutz der Umwelt und der Gesellschaft (IARNA) an der Universität Rafael Landívar, Juventino Gálvez, sagte, dass das Vorgehen insofern schon fragwürdig sei, weil der Regierung nach den Indikatoren von Transparency International die Glaubwürdigkeit fehlt. Fragwürdig sei zudem die Tatsache,

dass das Umweltministerium (MARN) dieses Dekret erst am 20. September veröffentlicht hat, zwei Tage, bevor Morales vor dem Klimagipfel gesprochen hat. "Diese Massnahme zeigt Defizite in Konzept und Ausführung, weil sie voller Widersprüche ist, die nur zu Unsicherheit und Verwirrung führen kann. Es berücksichtigt nicht richtig die Problematik und ihre Wirkungen, die sie erreichen will. Dies ist aber eine grundlegende Frage, um die Instrumente zu finden, die diese Massnahme anwendbar machen", erklärte der Direktor von IARNA. Er führt weiter aus, dass in Bezug auf den Zugang zu Ressourcen und Fähigkeiten zum Handeln dokumentiert sei, dass das MARN nicht über genügend finanzielle, technische und personelle Ressourcen verfüge, weder um eine Massnahme solcher Grössenordnung zu starten noch so umzusetzen, dass dieses Dekret effektiv in den Landkreisen, im privaten Sektor, in den zivilen Organisationen, in den wissenschaftlichen Einrichtungen und anderswo angewendet werden könne. Und schliesslich werde diese Massnahme kurz vor dem Ende der Amtszeit verabschiedet, was nur zeige, welchen Stellenwert die Umwelt zuvor gehabt habe, sagte Gálvez.

Umweltausschuss: Das ist eine politische Regelung, kein Gesetz

Der stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses, Rudy Castañeda (UCN), sagte, dass dieses Verbot von Einwegplastik kein Gesetz sei, sondern ein Dekret. Damit werde versucht, mit dem Daumen die Sonne zu verdecken. Dieses Verbot sei keine Lösung, sondern zeige die Ignoranz gegenüber realen Problemen, erklärte der Abgeordnete. Castañeda sagte weiter, dass das Verbot von Plastik die Umweltthematik nicht ganzheitlich abbilde und zudem nicht wirklich gangbar, eigentlich nicht möglich sei. Wenn man beispielsweise Plastiktüten oder Einwegverpackungen für Nahrungsmittel heranziehe, so seien hier sowohl jene enthalten, in denen trockene Körner als auch jene, in denen Früchte oder Gemüse gesammelt werden. Man müsse aufhören diese ganzen Einwegverpackungen im Supermarkt zu sehen, aber es sei etwas ganz anderes, die Einweg-Plastiktüten zu verbieten, die einem in den Läden in den Departements und Supermärkten gegeben werden, um die Einkäufe zu schützen, sagte er. Der stellvertretende Vorsitzende des Umweltausschusses hat sich für einen Gesetzentwurf zu Abfall ausgesprochen. Dieser Gesetzentwurf zielt darauf ab, dass die Gemeinden ihre eigene Deponie haben können und fordert zudem, dass die Gemeinden über eigene Kompostieranlagen, saubere Energie und Recycling verfügen. Damit würden Umweltfragen ganzheitlich behandelt - während dies im Dekret von Jimmy Morales nicht der Fall sei.

"Ich denke, dass diese Regierungsentscheidung des Präsidenten rein politisch motiviert ist. Denn es hat die Regierung nicht dazu gebracht, die Umweltprobleme wirklich anzugehen, etwa diese Mülldeponie in der Zone 3 der Hauptstadt zu schliessen. Mit dem Verbot von Plastiktüten können wir nicht sagen, dass wir ein umweltfreundliches Land sind", machte Castañeda deutlich. Dies sei ein Ablenkungsmanöver für andere Ziele, die die wahren Umweltprobleme Guatemalas verschleiern. "Ich glaube, dass soll einfach nur sagen: wir machen da irgendetwas", sagte der Abgeordnete mit Bezug auf die Rede von Morales auf dem Klimagipfel der Vereinten Nationen.

Sandra Morán: Das Umweltthema hat viel mit Erziehung zu tun

Die Abgeordnete Sandra Morán (Convergencia) brachte 2016 einen Gesetzentwurf namens 'Gesetz zum Recycling und dem Nachhaltigen Management von festen und flüssigen Abfall für die Verteidigung des Lebens, der Ökonomie und der Umwelt' ein, der keinerlei Chance hatte, angenommen zu werden, weil – so sagt es Castañeda – die übrigen Mitglieder des Umweltausschusses nicht daran interessiert waren, diesen auch nur zu diskutieren. Morán sagte, dass es weit über das Verbot des Plastikgebrauchs hinaus notwendig sei, die Bevölkerung im Umgang mit Abfall zu schulen. Das heisst, das Bildungsministerium müsse in die Frage einbezogen werden. "Dieses Thema behandelt diese Regierung nicht", fährt sie fort. Der Präsident und der Umweltminister verbieten Plastik, aber ohne das Umweltthema in all seinen Aspekten anzupacken. In Bezug auf die diesbezüglichen Aktivitäten des Kongresses kommentierte Morán: "Ich bedauere es sehr, dass

der Kongress sich in dieser Legislaturperiode der Schwächung des Staates und der Aufrechterhaltung seiner eigenen privaten Interessen gewidmet hat".

Im Kongress wird zugleich eine Gesetzesinitiative des Abgeordneten Felipe Alejos (TODOS) diskutiert, die ein Rahmengesetz zum Gebrauch und der Kommerzialisierung von Plastiktüten in Guatemala vorschlägt. Auch hier gebe es jedoch – nach Ansicht von Rudy Castañeda - innere Widersprüche und es fehlten technische und wirtschaftliche Studien, weswegen dieser Entwurf ebenso wie das Dekret des Präsidenten das Problem nicht angehe und die Umweltthematik nicht löse: "In der Stellungnahme zu diesem Entwurf habe ich meine Meinung so begründet, dass mit diesem Gesetz nur die Flagge des 'wir verbieten Plastiktüten' geschwungen wird. Solche Gesetze verstopfen die Parlamentsarbeit, aber sie gehen nicht tiefer in die Materie".

Alarmierende Zahlen

Jährlich werden 120 Millionen Tonnen festen Abfalls produziert (zwei Prozent davon stammen aus den Privathaushalten). Diese landen ohne Unterschied auf dem Boden und in Gewässern. Es wird geschätzt, dass von diesen nur 15 % irgendwie technisch behandelt oder geklärt wird. In den letzten 20 Jahren hat die Wissenschaft viele Daten geliefert und umweltpolitische Forderungen geliefert, aber es scheint so zu sein, dass es keine ernsthaften politischen ZuhörerInnen gegeben hat. Mehr als 2.200 geheime Müllkippen gibt es im Land, in denen sich alle möglichen Arten von festem Abfall befindet. Es wird geschätzt, dass allein 3.000 Tonnen täglich auf der Müllkippe in Zone 3 der Hauptstadt landen.

(Quellen: Instituto de Investigación y Proyección Sobre Ambiente Natural y Sociedad (Iarna), de la Universidad Rafael Landívar (URL) und der Umweltausschuss des Kongresses) (LH)

Guatemala verbietet die Verteilung von Plastiktüten ...

Guatemala, 21. Sept. - Guatemala ist das erste Land in Zentralamerika, das den Gebrauch und die Verteilung von Einweg-Plastiktüten verbietet und so zum Umweltschutz beitragen will. Innerhalb von zwei Jahren sollen sich alle an diese Direktive anpassen. Laut Dekret, das diesen Freitag veröffentlicht wurde, gilt das Verbot auch für Strohhalme, Teller, Becher, Besteck oder Behälter für Nahrungsmittel aus Plastik oder Polystyren (sog. Duroport). Die Plastikkommission der Guatemalteken Vereinigung der Exportwirtschaft hat sich zu dem Thema geäußert und darauf verwiesen, dass diese Branche 10.000 direkte und 60.000 indirekte Arbeitsplätze geschaffen habe und dass die Plastikindustrie "die wichtigste in der Exportwirtschaft des Landes ist". Jimmy Morales erweitere die Bestimmungen des Dekrets und bat darum, nichts zu dramatisieren, schliesslich sei das Ziel doch der Umweltschutz. (Nomada)

... und Giammattei will das gleich wieder abschaffen

Guatemala, 23. Sept. - Die Regelung der Regierung Morales hat eine Frist von zwei Jahren gesetzt, um die Entfernung des Plastiks umzusetzen. Der gewählte Präsident, Alejandro Giammattei, kündigte an, dass er darüber nachdenke, dieses Dekret abzuschaffen, weil das Problem "viel tiefergehend ist".

"Wenn wir am 14. Januar zu dem Schluss kommen, dass dieser Beschluss keinen Sinn macht, werden wir es am 14. Januar zurücknehmen", sagte Giammattei. Der Gebrauch von Einwegplastik wird laut Regierungsbeschluss 189-2019 verboten. (...) Der kommende Präsident sagte weiter: "Ich glaube nicht, dass es gerechtfertigt ist für eine scheidende Regierung ist, einen Beschluss vorzusetzen, der erst dann umgesetzt werden soll, wenn sie nicht mehr im Amt ist". Das Problem sei, den festen Abfall in seiner Gesamtheit zu behandeln, weshalb ein spezifisches Gesetz nötig sei, das festlege, wie Müll verarbeitet wird. Er respektiere den Beschluss, aber stimme nicht mit ihm überein. Der Beschluss setzt eine Frist von zwei Jahren, bis Individuen und juristische Personen, die Plastikprodukte nutzen, diese durch andere ersetzen, die aus kompostierbarem Material sind.

Anderer Kritikpunkt von Giammattei

Der gewählte Präsident sagte auch, dass er nicht mit der Schliessung der guatemalteken Botschaft in Schweden einverstanden sei. Dies hatte die amtierende Regierung am 11. September verkündet. Giammattei hält dies für unberechtigt und es widerspreche der notwendigen Förderung internationaler Beziehungen. "Ab dem 14. Januar werden eine Aussenpolitik einführen, die derjenigen der jetzigen Regierung diametral entgegengesetzt ist. Unsere Politik wird auf gegenseitigem Respekt, Gegenseitigkeit und Vertrauen zwischen den Staaten basieren", kündigte der kommende Präsident an.

Giammattei bat die jetzige Regierung, keine Entscheidungen zu treffen, die dann von der neuen Regierung umgesetzt werden müssen. Giammattei zeigte sich auch besorgt über die bestehende Unsicherheit in der Wirtschaft: so gebe es ein Unternehmen, das erpresst werde und das Land verlassen könnte, wenn das Problem fortbestehe. (PL)

Der Kongress richtet einen Untersuchungsausschuss zur Arbeit von CICIG ein

Guatemala, 27. Sept. - Der Kongress hat in der Amtsschrift einen Beschluss veröffentlicht, der einen Untersuchungsausschuss zur Arbeit der CICIG einsetzt. Die Staatsanwaltschaft hat ihrerseits bestätigt, dass ein Team ihrer Institution diesen Kongressbeschluss überprüfen wird.

Der Beschluss, der sofort in Kraft getreten ist, bestimmt, dass der Untersuchungsausschuss vom 27. September 2019 bis zum 13. Januar 2020 tätig sein wird. Insgesamt 82 Abgeordneten haben bei der Abstimmung am 24. September für den Untersuchungsausschuss gestimmt, sechs dagegen, 70 haben sich enthalten. Der Beschluss begründet die Notwendigkeit des Untersuchungsausschusses damit, dass die CICIG "während ihrer zwölfjährigen Tätigkeit im Land keinerlei Supervision oder Überprüfung erfahren hat", weswegen es nun "zwingend" notwendig sei, die Aktivitäten der nationalen und ausländischen MitarbeiterInnen zu untersuchen. Folgende Aufgaben werden explizit benannt:

- Das Vorhandensein von illegalen oder willkürlichen Aktivitäten zu ermitteln, die sich gegen grundlegende Rechte der Guatemalteken richten;
- Informationen über Personen, öffentliche oder private Institutionen zu sammeln, überprüfen und systematisieren, die Opfer von solchen illegalen oder willkürlichen Aktivitäten geworden sind;
- Informationen über jedwede/n FunktionärInnen zu erhalten, die in Erklärungen, Dokumenten, Berichten bei diesen möglichen illegalen und willkürlichen Aktivitäten mitgewirkt haben;
- FunktionärInnen und öffentliche Angestellten anzuzeigen und ihre Entfernung zu fordern, wenn diese in ihrer Amtsführung mutmasslich illegale und willkürliche Aktivitäten in Übereinstimmung mit oder unter Anordnung durch die CICIG begangen haben;
- Finanziere der CICIG aufzufordern, Informationen über die bereitgestellten Ressourcen und darüber, ob diese Einrichtung Spesenabrechnungen vorgelegt hat, auszutauschen und die gerichtlichen Urheber zu benennen;
- Von den Regierungen Informationen über die beruflichen und persönlichen Werdegänge des Personals der CICIG verlangen.
- Anklagen gegenüber der Staatsanwaltschaft vorzulegen, damit diese – sofern dies notwendig sei, die Ausweisung des Personals der CICIG, wenn sie annimmt, dass dieses illegale Handlungen begangen hat;

- Untersuchung der bereits vorhandenen Anzeigen gegen die CICIG.

Der Ausschuss besteht aus den Abgeordneten Luis Pedro Álvarez Morales (ex-EG, unabhängig), Manuel Estuardo Conde Orellana (PAN), Luis Enrique Hernández Azmitia (Reformador/PODEMOS), Juan Ramón Lau Quan (TODOS) und Anibal Rojas Espino (VIVA). Die beiden letztgenannten Abgeordneten sind Mitglieder des Präsidiums. Der Beschluss wurde unterzeichnet vom Kongresspräsidenten, Álvaro Arzú Escobar (PU), und den Sekretären Estuardo Galdámez (FCN-Nación) und Juan Manuel Giordano (CREO) und besagt auch, dass die Mitglieder des Untersuchungsausschusses "jede menschliche, logistische und materielle Unterstützung von Seiten der Legislative erhalten werden".

Auf der anderen Seite hat die Generalstaatsanwältin, Consuelo Porras, bestätigt, dass ein Team ihrer Behörde den Kongressbeschluss überprüfen werde und hofft, bereits in der kommenden Woche einen Bericht dazu zu veröffentlichen.

Juan Francisco Sandoval, der Leiter der Sonderstaatsanwaltschaft gegen die Straffreiheit (FECI) reagierte auf den Kongressbeschluss mit dem Hinweis, dass es bei den Abgeordneten einen Interessenskonflikt gebe, da gegen viele der aktuellen Kongressmitglieder Ermittlungen von Seiten der CICIG eingeleitet worden seien. Zudem verweist Sandoval darauf, dass dieser Untersuchungsausschuss das verfassungsgemäße Prinzip der Gewaltenteilung missachte, da die Staatsanwaltschaft (MP) nach der Verfassung die einzige Institution ist, die das Recht hat, Ermittlungen anzustellen. Eben dieses Argument wurde auch von der Bürgerrechtsorganisation AC vorgebracht. Sie legte umgehend eine Beschwerde gegen den Kongressbeschluss ein. (PL)

Spaltung der Fraktion der UNE nach der Festnahme von Sandra Torres

Guatemala, 26. Sept. - Die Verhaftung von Sandra Torres hat dazu geführt, dass die Partei UNE sich notgedrungen neu organisieren muss. Nun gibt es zwei Gruppen in der Fraktion.

Die Fraktion der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE) hat sich in zwei Gruppen gespalten, die eine angeführt von Orlando Blanco, die andere von Jorge Estuardo Vargas. Diese Spaltung fand am 24. September während der Sitzung statt, in der es um Reformen der Gesetze über die Juristische Laufbahn, über die Vereinfachung, Aktualisierung und Steuerpflicht und schliesslich über den Untersuchungsausschuss zur CICIG (s.o) ging.

Blanco sandte eine Textnachricht an die anwesenden Abgeordneten [*seiner Fraktion, d.Red.*], in der er anordnete, dass sie den Plenarsaal verlassen sollten. Allerdings widersetzte sich eine Gruppe, angeführt von Vargas, der Anordnung und entschied den Vorschlag jener Abgeordneten, die als Pakt der Korrupten bekannt ist, zu unterstützen.

Abgeordnete verschiedener Fraktionen bestätigten, dass die Abspaltung innerhalb der UNE in dieser Sitzung stattfand und dass die AbweichlerInnen aus insgesamt 15 Personen bestand. Auch wenn Vargas und Carlos López Maldonado, Sohn des Abgeordneten Carlos López, als Sprecher der Gruppe gelten, soll in Wirklichkeit Gustavo Alejos hinter der Aktion stecken, der von den Reformen profitieren würden, um einen Hausarrest zu vermeiden.

Nach inoffiziellen Quellen könnte diese Gruppe ab dem 14. Januar 2020 auf 25 Personen anwachsen, also dem Moment, an dem die 52 neu gewählten UNE-Abgeordneten ihre Arbeit aufnehmen. Die UNE dementiert die Zahl von 15 AbweichlerInnen, bestätigt jedoch die Zahl von sieben Fraktionsmitgliedern, die die Anordnung von Blanco missachtet hätten. Damit minimierten sie den Grad des Bruches innerhalb der Fraktion.

Gustavo Alejos stehe als Finanzier nicht nur hinter der UNE, sondern bestätigte in einem Interview auch, dass er die Karteikarten der Mitglieder der Partei Die Grünen kaufte, um sie später in TODOS umzuwandeln. Er habe auch Geld dafür gezahlt, damit die Auflösung der Grosse Nationale Allianz (GAN) [*des ex-Präsidenten Oscar Berger, d.Red.*] in Kraft bleibt.

Die beiden Abgeordneten Marleni Matías und Thelma Ramírez wurden über den Bruch innerhalb der UNE befragt und sagten, das seien alles Lügen, da die Fraktion so einig sei wie noch nie zuvor.

Die Dissidenten in der Fraktion sind Jorge Estuardo Vargas, Carlos Enrique López Maldonado, Felipe de Jesús Cal Lem, Rubén Misael Escobar Calderón, Juan Carlos Josué Salanic, Lucrecia Carola Samayoa Reyes und Luis Fernando Sanchinel Palma. Vermutlich wollen sie der Ex-Präsidentschaftskandidatin der UNE, Sandra Torres, helfen, die seit 2. September wegen der Beteiligung an illegaler Wahlkampffinanzierung in Untersuchungshaft sitzt.

Sie verabschieden Gesetze

Die genannten Abgeordneten haben dabei mitgeholfen, das Gesetz über Steuervereinfachung zu verabschieden, das dem Landwirtschaftssektor rückwirkend ab 2013 bis heute eine Amnestie gewährt, wenn sie im Gegenzug zum Steueraufkommen beitragen. Diese Steuerzahlungen sind speziell geregelt und betragen vier Prozent, wenn der jährliche Absatz weniger als 3 Millionen Q (etwa 346.500 €) beträgt. Laut Legislative wird dieses Gesetz das Steuerverfahren erleichtern, die wirtschaftliche Entwicklung fördern, transparente Mechanismen in der Steuerverwaltung schaffen und die Basis der SteuerzahlerInnen erweitern.

In erster Lesung wurde zudem die Reform des Gesetzes über die Juristische Laufbahn verabschiedet, mit der versucht wird, die Kontrolle des Obersten Gerichts über die RichterInnen zu erhalten und nicht der Rat über die juristischen Laufbahnen. Damit soll ein entsprechendes Gesetz von 2016 abgeschwächt werden, das mit Hilfe der CICIG eingeführt worden war. (...) (PL)

Sinibaldi versucht bisher erfolglos 'seine' 60 Millionen Q auf Schweizer Konten zu retten

Guatemala/Bern, 23. Sept. - Der ehemalige Verkehrsminister, Aejandro Sinibaldi ist weiterhin flüchtig. Gegen ihn liegen einige Haftbefehle vor. Sein Vermögen befindet sich nicht nur in Guatemala – er hat auch zwei Konten in der Schweiz, auf dem 60 Millionen Q (knapp 7 Mio. €) lagern sollen und die der Flüchtige irgendwie sichern will.

Die Schweizer Publikation Swiss Info berichtete, dass die Justiz der Schweiz zwei rechtliche Anträge ablehnte, die es ermöglichen sollten, die Konten freizugeben. Sinibaldi wird vorgeworfen, dass er mehr als 100 Millionen Q (11,5 Mio. €) Schmiergelder erhalten habe. Er befindet sich seit dem 11. Juli 2016 auf der Flucht und «sammelte» inzwischen vier Haftbefehle, der letzte wurde am 9. September diesen Jahres im Zusammenhang mit der Veruntreuung eines Fonds der Verkehrsgesellschaft Transurbano ausgestellt.

Die genannten 60 Millionen Q befinden sich auf Konten der Credit Suisse und der Santander Schweiz. Die Konten wurden unter dem Namen zweier panamaischer Unternehmen eröffnet: Intercontinental Media Structures Inc. und Madagascar Oil Company Inc. Nun muss das Geld vorläufig dort bleiben, weil die Schweizer Justiz den Antrag der beiden AnwältInnen Benjamin Borsodi und Sylvie Bertrand-Cuerreli zurückwies. Sie waren sehr darauf bedacht, den Aufenthaltsort von Sinibaldi nicht zu offenbaren.

Das Geld wurde auf Bitte des guatemaltekischen Gerichts zur Beschlagnahme von Gütern gepfändet. Das Urteil des Schweizer Bundesgerichts wurde am 13. September veröffentlicht. (PL)

UDEFEGUA: Massive Rückschritte in Sachen Menschenrechte

Guatemala, 27. Sept. - Claudia Samayoa, Leiterin der Einheit für den Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen (UDEFEGUA), sagte, dass es in Guatemala aktuell einen massiven Rückschritt bei der Verteidigung der Menschenrechte gebe, weil die Regierung keine RepräsentantInnen zur Anhörung in der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH) entsandt hatte.

“Es liest sich wie ein Staatsstreich in Slow Motion, wenn die Regierung derzeit sagt, dass wir als Regierung voranschreiten werden, die Rechte wegzunehmen, die Freiheiten einzuschränken, die Gesetze zu ignorieren, die Rechtsstaatlichkeit zu brechen. Die Regierung kümmert sich nicht darum, was über sie gesagt wird. Und so sagte einer der früheren Kommissare der CIDH, dass er Zweifel habe, ob Guatemala immer noch als eine Demokratie angesehen werden könnte”, sagte Samayoa.

Für die bekannte Menschenrechtsaktivistin zeigt dieses Verhalten der guatemaltekische Regierung gegenüber der CIDH eine generelle Tendenz, weil auch Trinidad und Tobago, Nikaragua und Venezuela VertreterInnen in die Anhörung schickten; auch Ecuador fehlte in einigen Anhörungen. “Das ist in zweierlei Hinsicht eine klare Botschaft: Zum einen eine Selbstisolierung, zum anderen der Versuch, das Interamerikanische Menschenrechtssystem zu brechen. Auf der einen Seite sagen sie: Uns interessiert nicht, was das Ausland über uns denkt. Auf der anderen Seite gibt es, unter aktiver Beteiligung Guatemalas, eine gemeinsame Anstrengung, Überprüfungen der Menschenrechtssituation zu verhindern oder zu diskreditieren. Dies ist für unseren Kontinent sehr bedauerlich, der so viele Militärdiktaturen, Staatsstrieche, Genozide und Formen des Staatsterrorismus überlebt hat”, sagte die Aktivistin. Guatemala präsentierte einen Brief, in dem sie schrieb, dass es für die Regierung inakzeptabel sei, dass die interne Lage Guatemalas in dem Interamerikanischen Menschenrechtssystem diskutiert werde. Weiterhin heisst es in dem Brief, dass die Arbeit der CICIG eine Form des Interventionismus sei. “Sie entschuldigen sich für nichts, sondern es ist eine Anschuldigung und eine Bestätigung dessen, was wir den Präsidenten in der Generalversammlung der UN haben sagen hören”, sagte Samayoa. Samayoa versuchte Jorge Luis Borrayo, den Leiter der Menschenrechtsabteilung im Präsidialamt (COPREDEH), anzurufen, aber er antwortete nicht auf den Handyanruf.

Sie fragte auch bei Stuardo Ralón, dem neu gewählten Kommissar der CIDH, an, aber dieser sagte, dass er keinen Kommentar abgeben könne, weil die Regierung keine Delegation zur Anhörung der CIDH entsandt habe. “Als frisch gewählter Kommissar der CIDH halte ich mich an die Regelungen dieser Kommission. Diese besagt, dass ein Kommissar nicht über nationale Angelegenheiten eines Staates befinden oder beschliessen könne. So sind die Regeln”, sagte Ralón. (LH)

Ergebnisse des Zensus weichen stark von den Zahlen des Meldeamtes ab

Guatemala, 18. Sept. Die Nachricht des Tages ist zweifelsohne die Vorstellung der Ergebnisse der 13. Nationalen Volkszählung und des Siebten Berichts über die Wohnsituation, die am 17. September in einer pompösen Feier im Nationaltheater über die Bühne ging. Nach mehrmonatiger Be- und -verarbeitung der Daten schloss das Nationale Statistische Institut (INE), dass in Guatemala aktuell 14.901.286 Personen leben.

16 Jahre sind vergangen, seit eine Zählung dieser Dimension durchgeführt wurde, obwohl es für ein Land wichtig und notwendig ist, aktuelle Daten zur Bevölkerung und damit eine exakte Messung der Indikatoren zu haben, um finanzielle Entscheidungen zu treffen, öffentliche Investitionen zielgerichtet vorzunehmen zu können, usw. Ein Zensus ist wie eine robuste Landkarte, die einer komplexen Realität Struktur gibt. Daher gab es eine hohe Erwartungshaltung in Bezug auf die Ergebnisse der Volkszählung. Seit dem Zensus von 2002 wurde die Mehrheit der Entscheidungen auf der Grundlage von Projektionen über die Bevölkerungszunahme und speziellere Messungen getroffen. So wurde vorhergesagt, dass wir in Guatemala bereits 17 Millionen EinwohnerInnen hätten. 2002 hatten wir 12, 2 Millionen – und jetzt 14,9 Millionen. Ein Anstieg um 1,8 %.

Der Zensus bestätigte, was die Wahlbehörde bereits festgestellt hatte: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen. Jedoch sind es die Frauen, die die meisten der insgesamt 18 % AnalphabetInnen stellen. Die Männer sind hingegen die Haushaltsvorstände. Laut den Daten sind 75,7 % der Haushaltsvorstände Männer und nur 24,3 % Frauen.

Wie viele GuatemaltekinInnen es gibt und wie sie leben – die präsentierten Zahlen lassen einige Zweifel aufkommen. Nach diesen habe die Mehrzahl der Behausungen Blechdächer und die Stockwerke sind aus Beton. 4,8 % der Häuser, also fast 157.000 Familien, haben keine sanitären Einrichtungen, Toiletten oder Latrine.

42,8 % der Familien gaben an, eher ihren Müll zu verbrennen, bevor sie private oder kommunale Entsorgungsdienstleistungen zu nutzen. In 54 % der Haushalte wird mit Feuerholz gekocht, in 6,9 % der Haushalte werden Kerzen als Energielieferant genutzt.

Auch wenn die Technologie der Handys, des Internets und der Computer offenbar als eine universale Ressource erscheinen, gibt es Orte in diesem Land, in denen es diese Dienstleistungen nicht gibt: 4.608.245 Befragte sagten, dass sie kein Handy haben, 8.656.097 haben keinen Zugang zum Internet und nutzen es also nicht. Und 9.767.834 Personen haben keinen Computer.

Da stellen sich viele Fragen:

- Wie wurden diese Informationen verarbeitet und wie hoch war die Fehlertoleranz bei den Zahlen, die vorgestellt wurden?
- Wie beeinflusste die grosse Menge der Personen, die sich auf der Suche nach einem besseren Leben aus ihren Dörfern Richtung USA aufmachten, die Zahlen?
- Wie wird sich das System der Repräsentanz bei den Wahlkreisen verändern?
- Werden die aktuellen Indikatoren verändert, die als Basisreferenz für öffentliche Investitionen dienen?
- Was ist mit dem demografischen Bonus?
- Viele in der Bevölkerung sind 19 Jahre alt oder jünger (15-19 Jahre: 1,7 Millionen; 10-14 Jahre: 1,6 Millionen) – sind wir eine so junge Gesellschaft?
- Warum liegen die Zahlen der Nationalen Meldeämter (21 Millionen EinwohnerInnen) und die Zahlen der INE (knapp 15 Millionen) so extrem weit auseinander?

Eine andere Zahl ist die der Telefonanschlüsse, die bei 20 Millionen liegen soll, was vielleicht nicht die ideale Vergleichszahl ist, aber immerhin ein Anhaltspunkt. (Nómada)

Ende Oktober: Jugendbegegnungswerkstatt Berlin/Brandenburg - Zentralamerika

Berlin, 18. Sept. - Die Koordinatorin des Runden Tisches Zentralamerika, Guilia Fellin, weist auf folgende Veranstaltung in Berlin/Brandenburg hin. „**Die Welt reparieren**“ - **Internationale Jugendbegegnungswerkstatt(AWO International)** mit sechs jugendliche Multiplikator*innen aus Partnerorganisationen in Zentralamerika und Mexiko

Wann: Ende Oktober

Die Anmeldung steht nun jungen Menschen ab 16 in Berlin und Brandenburg offen. Wir freuen uns, wenn Sie diese Information innerhalb ihrer Netzwerke verbreiten. Weitere Informationen: <https://www.awointernational.de/de/unsere-arbeit/aktuelles/2019/die-welt-reparieren-internationale-jugendbegegnungswerkstatt.html>

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnemnt: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnemnt 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6